

: Europa ist und bleibt eine super Idee

Interview mit Michael Roth (SPD), Staatsminister für Europa

Herr Roth, Sie sind ja als Vertreter der Bundesregierung in ganz Europa unterwegs. Zuletzt waren Sie in der Türkei und haben dort unter anderem Schülerinnen und Schüler und Studierende getroffen. Wenn Sie mit den jungen Menschen sprechen, welchen Eindruck haben Sie vom „jungen Europa“?

Derzeit ist natürlich die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union eine schwere Bürde. Vielen jungen Menschen geht es schlecht. Sie verbinden mit Europa kein Zukunftsversprechen mehr. Sie sehen Europa mehr als Teil des Problems und weniger als Teil der Lösung. Das verpflichtet uns dazu, jetzt mehr zu tun, um der jungen Generation eine neue Perspektive zu eröffnen. Das geht nur mit mehr Qualifizierung, mehr Jobs und besserer Mobilität. Daran arbeiten wir.

Europa hat an vielen Stellen ja schon für mehr Mobilität gesorgt. Daneben werden immer wieder Frieden und Freizügigkeit als Errungenschaften genannt. Ist es da undankbar, trotzdem immer wieder dieses Projekt Europa zu kritisieren?

Von Undankbarkeit möchte ich nicht sprechen. Aber spätestens die Ukraine-Krise hat uns mal wieder vor Augen geführt, dass Frieden immer zerbrechlich ist und wir dankbar dafür sein können, über so viele Jahrzehnte hinweg in Frieden, Freiheit und Demokratie leben zu dürfen. Vielleicht ist es auch ein Weckruf gegenüber einer Generation, die meint, bestimmte Dinge seien selbstverständlich, für die müsse man sich nicht mehr einsetzen. Insofern ist vielleicht bei dem einen oder anderen bei aller Tragik der Ukraine-Krise auch die Erkenntnis gewachsen, dass Frieden und Stabilität harte Arbeit voraussetzt. Europa ist eben nicht nur ein Binnenmarkt. Europa identifiziert sich nicht allein über eine gemeinsame Währung, sondern es ist vor allem eine

Werteunion. Und ein gemeinsames Europa garantiert den Frieden, die Freiheit und die Demokratie.

Bleiben wir mal dabei, womit sich Menschen in Europa identifizieren oder auch nicht identifizieren. Das Interesse am politischen Europa scheint nicht so groß zu sein, wie man es sich vielleicht wünscht. Wenn man sich z.B. die Zahlen der Europawahl als Sensor anschaut. Da bilden ja auch junge Menschen keine Ausnahme. Man ist es gewohnt, gerade auch als Politiker, Europa als positiv darzustellen. Ist das nicht ein schlechtes Zeichen, dass man für eine so gute Sache so stark werben muss?

Ich bin eher gewohnt, dass man über Europa schlecht redet. Mir fallen nicht so viele ein, die durchgängig über Europa wohlwollend sprechen und Europa vor allem als eine große Chance sehen, Globalisierung nachhaltig, demokratisch und sozial zu gestalten. Da müssen sich alle an die eigene Nase fassen. Nicht nur Journalisten sondern vor allem auch die vielen Politiker, die immer erst einmal über das Bürokratiemonster in Brüssel herziehen. Dass das natürlich Spuren hinterlässt, erleben wir derzeit bei dem massiven Zulauf, den rechtsextremistische, populistische und antieuropäische Parteien haben. Ich würde mich darüber freuen, wenn wir wieder über die positiven Dinge reden. Auch wenn es uns in Deutschland derzeit gut bis sehr gut geht. In vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU sieht das dezidiert anders aus. Da gibt es große Angst vor sozialer Ausgrenzung und dauerhafter Armut. Deshalb erwarte ich, dass wir gemeinsam mit der EU unsere Politik stärker ausrichten auf Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt.

Das sind die positiven Ansatzpunkte. Dennoch werden auch bei jungen Menschen die antieuropäischen Töne populärer. Wie muss man darauf reagieren?

Definitiv nicht, indem etablierte Parteien die Parolen der Rechten und der Anti-Europäer weichgespült kopieren, sondern mit konstruktiven Argumenten. Wir müssen wieder aktiver in den Vordergrund stellen, dass ohne ein vereintes Europa nichts besser, aber vieles schlechter wäre. Natürlich ist auch die EU reformbedürftig. Europa ist ja nicht irgendeine technische Veranstaltung, sondern es sind immer auch die entsprechenden Mehrheiten maßgeblich. Das heißt, wer eine Politik will, die sich stärker an sozialer Gerechtigkeit oder an Nachhaltigkeit ausrichtet, der muss eben auch entsprechende politische Kräfte wählen. Das ist in Europa nicht anders als im Bund oder in der Kommunalpolitik oder auf Landesebene.

Sie wollen die Vorteile der europäischen Einigung stärker in den Vordergrund rücken. 3 Millionen Studierende haben seit 1987 am ERASMUS-Programm teilgenommen, ohne Frage ein Vorteil für diese junge Menschen. Was aber sind die Vorteile für Auszubildende oder junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Erst einmal freue ich mich darüber, dass wir nun die Mittel für die Jugendmobilität, ERASMUS+ von diesem Jahr bis zum Jahr 2020 massiv ausgeweitet haben. Diese Mittel sollten vor allem auch von Auszubildenden genutzt werden sowie von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine große Chance. In einem vereinten Europa profitieren vom Fremdspracherwerb und vom Kennenlernen anderer Kulturen nicht nur Studierende sondern alle jungen Menschen. Insofern werbe ich dafür, so oft es mir möglich ist. Das ist aber auch eine Verpflichtung, die ebenso für die Unternehmen gilt. Es gibt ja zahlreiche deutsche Unternehmen, die europäisch vernetzt und europaweit aktiv sind. Und gerade die sollten ihren jungen Arbeitnehmern und den

„Demokratie muss auch bewegt und verändert werden. Deshalb ist die Demokratie in der Europäischen Union immer noch ausbaufähig.“



Auszubildenden verstärkt Optionen eröffnen, auch mal Erfahrungen in europäischen Partnerländern zu gewinnen. Wenn wir das dann noch mit entsprechenden Stipendien wie Erasmus+ unterstützen können, ist das doch eine wunderbare Sache.

Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine große Chance, kann aber auch negativ wahrgenommen werden. Wie fällt zum Beispiel die Bewertung von jungen Menschen in Spanien dazu aus?

Ich habe nicht den Eindruck, dass man in Spanien die Vorzüge der Arbeitnehmerfreizügigkeit vermitteln muss sondern insbesondere in Deutschland. Viele Deutsche haben Angst vor Freizügigkeit, weil sie befürchten, dass Menschen nur in unser Land kommen, um unser Sozialsystem zu missbrauchen. Das ist definitiv falsch. Selbstverständlich gibt es das, aber nur sehr vereinzelt. Die meisten bereichern unseren Arbeitsmarkt und sind ein großer Gewinn. Insofern ist Arbeitnehmerfreizügigkeit eine Erfolgsgeschichte für alle Länder, für die Europäische Union aber eben vor allem auch für Deutschland.

Was meinen Sie, wo wir mit Europa eigentlich stehen? Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guerot sagt, die EU sei juristisch demokratisch, aber gefühlt ist sie es nicht. Wenn das so ist, läuft da doch etwas falsch, oder? Oder würden Sie Frau Guerot nicht zustimmen?

Das möchte ich so nicht stehen lassen. Die komplexe Struktur der EU verlangt natürlich den Bürgerinnen und Bürgern mehr ab, als vielleicht die traditionelle regionale und nationale Politik, mit der man vertraut ist. Europa ist eben bunt und vielfältig, komplex und kompliziert. Man kann eben manchmal auf komplizierte Fragen keine leichten Antworten finden. Sich mit Politik konstruktiv auseinanderzusetzen, ist immer auch mit Anstrengungen verbunden. Dem

will sich nicht jeder stellen. Dennoch ist gerade auch die sprachliche Vielfalt, die ja gelegentlich unsere Kommunikation in Europa erschwert, für jüngere Leute ein geringeres Problem als für die ältere Generation, weil doch viele heute in der Schule Englisch, die faktische Lingua Franca in der Europäischen Union, lernen oder auch noch Französisch oder Spanisch. Die Kommunikation, die wir brauchen, um uns auch als gemeinsame europäische Gesellschaft zu empfinden, diese sprachliche Vielfalt sehe ich vor allem auch bei der jüngeren Generation. Das ist für mich Stärke und Chance zugleich.

Gehört zu diesem Verständnis als europäische Gesellschaft auch stärkere Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger also eine verstärkte Demokratisierung?

Demokratie ist kein statischer Prozess. Demokratie ist stets in Bewegung. Und Demokratie muss auch bewegt und verändert werden. Deshalb ist die Demokratie in der Europäischen Union immer noch ausbaufähig. Selbstverständlich. Aber während es auf der europäischen Ebene eine Form der direkten Demokratie gibt, haben wir solche Möglichkeiten auf nationalstaatlicher Ebene in Deutschland beispielsweise nicht. Wir sollten nicht unfair der Europäischen Union gegenüber urteilen.

Als wir uns in der Schule zum ersten Mal mit dem Thema auseinandergesetzt haben, so vor etwa 20 Jahren, wurde die EU als die zukünftige, zentrale politische Ebene vorgestellt. In manchen Punkten ist sie dies auch geworden. Trotzdem scheint sie aktuell mehr denn je in Frage gestellt. Wenn wir jetzt noch mal 20 Jahre weiter denken, wo stehen wir dann?

Wir sollten diese akademischen Diskussionen über mehr oder weniger Europa lassen und uns mehr darauf konzentrieren, wie

wir Europa besser hinkriegen. Ich kann mir unser Leben ohne ein starkes und demokratisch verfasstes Europa nicht vorstellen. In einer globalisierten Welt muss ein vereintes Europa Antworten auf viele zentralen Fragen finden, ob das Frieden und Sicherheit ist, der Klimaschutz, die Umweltpolitik oder ob es um gerechtes wirtschaftliches Handeln und eine humane Migrationspolitik geht. Versuche, Europa jetzt abzuwickeln, sind zum Scheitern verurteilt. Ich bin davon überzeugt, dass sich eine gute Idee in einer langen Linie auch durchsetzt. Und Europa ist und bleibt eine super Idee.

Sie arbeiten nun seit ein paar Monaten an zentraler Stelle an dieser Idee mit, haben sich auch vorher schon damit beschäftigt, aber nun noch einmal intensiver. Haben Sie in den vergangenen Monaten Europa noch einmal als ihr persönliches Lernfeld neu kennengelernt?

Oh ja! Gelernt habe ich sicherlich, dass es gegenüber Deutschland eine immens große Erwartungshaltung gibt. Wir stehen in Europa in einer besonderen Verantwortung. Und insofern sind gerade auch die bilateralen Kontakte zu unseren 27 Partnern in der Europäischen Union sehr, sehr wichtig. Das kostet viel Zeit. Das ist aber durchaus auch lohnenswert. Und im Übrigen: Europa ist so bunt und vielfältig, dass ich trotz meiner langjährigen Tätigkeit als Europapolitiker niemals sagen würde, ich wüsste schon alles. Beispielsweise beschäftige ich mich derzeit intensiv mit der sehr komplizierten Lage im Westbalkan. Diese Länder haben alle von der EU eine Beitrittsperspektive angeboten bekommen. Und jetzt führen wir mit einigen Westbalkanstaaten bereits Beitrittsverhandlungen. Ich lerne viel dazu. Und das macht die Aufgabe ja auch so spannend und reizvoll.

Herr Roth, vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führten Klaus Bechtold und David Schulke.